

12.09.2025

## Kleine Anfrage 6408

der Abgeordneten Henning Höne und Marcel Hafke FDP

### **Kommunikationswirrwarr zur Kita-Reform – Wie erklärt die Landesregierung ihren widersprüchlichen Umgang mit dem Eckpunktepapier zur KiBiz-Novelle?**

Die Koalition aus CDU und GRÜNEN hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Novellierung des Kinderbildungsgesetz (KiBiz) festgeschrieben.<sup>1</sup> Im Rahmen einer Veranstaltung der Bergischen IHK am 14.03.2024 konkretisierte der für den Bereich Kinder, Familie und Jugend (auch heute noch) zuständige Staatssekretär Lorenz Bahr erstmals die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag durch weitere bemerkenswerte Äußerungen. Denn Staatssekretär Bahr äußerte damals die Idee einer generellen Reduktion der Kita-Betreuungszeiten auf 35 Wochenstunden. Seine Äußerungen sorgten damals für Aufregung in der nordrhein-westfälischen Kita-Landschaft.<sup>2</sup>

Immer wenn die Landesregierung im parlamentarischen Raum mit Lorenz Bahrs Einlassungen konfrontiert wurde, gab sie allerdings zu Protokoll, dass ein solches Vorhaben nicht als Teil der geplanten KiBiz-Novellierung anzusehen sei. Ein vorgelegter Zeitplan hat offenbar keine Bedeutung mehr, da seinen Zwischenschritten nicht eingehalten wurden.<sup>3</sup> Auf Anfrage der FDP-Landtagsfraktion NRW für die Ausschusssitzung am 12.12.2024 ist zumindest im schriftlichen Bericht der Landesregierung festgehalten: „Dabei bleibt der Anspruch bestehen, dass eine Revision des KiBiz zum Kita-Jahr 2026/2027 in Kraft treten soll.“<sup>4</sup>

Da es aber – zumindest bis vor Kurzem – im laufenden Jahr keine weitere wahrnehmbare Entwicklung in Sachen Kibiz-Reform gegeben hat, sahen sich die Kommunalen Spitzenverbände offenbar genötigt, in einem Brandbrief vom 17.06.2025 die Landesregierung zum Handeln und zur Vorlage der KiBiz-Reform aufzufordern.<sup>5</sup>

Laut Presseberichten vom 10.09.2025 gibt es offenbar nun aber einen neuen Sachstand: Der Berichterstattung zufolge plant die Landesregierung tatsächlich tiefgreifende Veränderungen im nordrhein-westfälischen System der Kindertagesbetreuung. In der aktuellen Diskussion

---

<sup>1</sup> Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022-2027: Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen, S.47-48, abgerufen unter: [https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag\\_cdu-grune.pdf](https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf) (letzter Zugriff: 11.09.2025).

<sup>2</sup> Wuppertaler Rundschau: Großes Interesse an IHK-Kinderbetreuungsgipfel, 14.03.2024, abgerufen unter: [https://www.wuppertaler-rundschau.de/lokales/grosses-interesse-an-ihk-kinderbetreuungsgipfel-in-wuppertal\\_aid-108823005](https://www.wuppertaler-rundschau.de/lokales/grosses-interesse-an-ihk-kinderbetreuungsgipfel-in-wuppertal_aid-108823005) (letzter Zugriff: 11.09.2025).

<sup>3</sup> LT-Vorlage 18/799

<sup>4</sup> LT-Vorlage 18/3415

<sup>5</sup> Rheinische Post: Kommunen werfen Ministerin Untätigkeit bei Kita-Reform vor, 02.07.2025, abgerufen unter: [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/kommunen-werfen-ministerin-paul-untaetigkeit-bei-kita-reform-vor\\_aid-130356903](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/kommunen-werfen-ministerin-paul-untaetigkeit-bei-kita-reform-vor_aid-130356903) (letzter Zugriff: 11.09.2025).

Datum des Originals: 12.09.2025/Ausgegeben: 15.09.2025

steht insbesondere ein bislang nicht veröffentlichter Entwurf für ein Eckpunktepapier im Mittelpunkt, das in Gesprächen mit Kommunalen Spitzenverbänden sowie freien und kirchlichen Trägern abgestimmt worden sein soll.

Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang die widersprüchliche Kommunikation des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Wurde noch in dem am Morgen des 10.09.2025 in der Neuen Westfälischen erschienenen Artikels die „Kenntnis“ über das in Rede stehende Papier verneint, änderte sich diese Darstellung noch im Verlauf des Tages.<sup>6</sup> Durch Aussagen der Kommunalen Spitzenverbände wurde zunächst die Existenz eines solchen Papiers bestätigt wie auch wurde darauf hingewiesen, dass es sich beim in der Presse zitierten Papier um einen alten Arbeitstand handeln würde.<sup>7</sup> Das Ministerium wiederum ließ verlauten, dass der Inhalt des Papiers im Hinblick auf Veränderungen bei der Beitragsfreiheit nicht verfolgt würde, man aber sehr wohl „eine Chance im Kern- und Randzeitenmodell sehen würde“.<sup>8</sup> Damit stellt sich die Frage, auf welcher tatsächlichen Grundlage die bisherigen Gespräche geführt wurden, wie verbindlich die Inhalte waren – und weshalb die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament derart widersprüchlich erfolgte.

Solch eine chaotisch anmutende Kommunikation des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration sowie seiner Ministerin Josefine Paul ist bereits im Zusammenhang mit den Aufarbeitungsprozessen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum islamistisch motivierten Solinger Attentat bekannt. Insgesamt ergibt sich der Eindruck eines massiven Transparenzdefizits und eines unkoordinierten Vorgehens innerhalb der Landesregierung. Gerade bei einem Vorhaben, das grundlegende Veränderungen bei Betreuungszeiten, Elternbeiträgen und dem Einsatz von Fachkräften vorsieht, ist eine konsistente und offene Kommunikation zwingend erforderlich. Eltern, Kinder, die Träger – und nicht zuletzt der Landtag – haben Anspruch auf Klarheit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum wurde gegenüber der Neuen Westfälischen die Existenz eines Eckpunktepapiers zur geplanten KiBiz-Novelle zunächst verneint?
2. Warum hat das Ministerium gegenüber der Deutschen Presseagentur Stellung zu einem Papier genommen, das es laut Ministerium gar nicht gab?
3. Wurde Ministerin Paul in die Abstimmung der Kommunikation des Ministeriums zur Berichterstattung der Neuen Westfälischen einbezogen?

---

<sup>6</sup> Neue Westfälische: Neue Kita-Pläne in NRW: Eltern sollen künftig ab 35 Wochenstunden Beiträge zahlen, 10.09.2025, abgerufen unter:

[https://www.nw.de/nachrichten/zwischen\\_weser\\_und\\_rhein/24171858\\_Neue-Kita-Plaene-in-NRW-Eltern-sollen-kuenftig-ab-35-Wochenstunden-Beitraege-zahlen.html](https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/24171858_Neue-Kita-Plaene-in-NRW-Eltern-sollen-kuenftig-ab-35-Wochenstunden-Beitraege-zahlen.html) (letzter Zugriff: 11.09.2025).

<sup>7</sup> WDR.de: Kita-Pläne in NRW: Eltern sollen nicht zahlen, 10.09.2025, abgerufen unter:

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kita-gebuehren-nrw-reform-100.html> (letzter Zugriff: 11.09.2025).

<sup>8</sup> RP Online: Das steht im Eckpunktepapier zur Zukunft der Kita-Landschaft, 10.09.2025, abgerufen unter: [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/das-steht-im-eckpunktepapier-zur-zukunft-der-kita-landschaft-in-nrw\\_aid-134585935](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/das-steht-im-eckpunktepapier-zur-zukunft-der-kita-landschaft-in-nrw_aid-134585935) (letzter Zugriff: 11.09.2025).

4. Gab es vor der öffentlichen Kommunikation des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration am 10.09.2025 eine schriftliche oder mündliche Abstimmung dazu mit der Staatskanzlei, dem Landespresse- und Informationsamt oder dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie?
5. Welche internen Abstimmungen oder Neufassungen des Eckpunktepapiers haben seit seiner ersten Erstellung stattgefunden?

Henning Höne  
Marcel Hafke